

Antrag

der Abg. Hans-Peter Storz u. a. SPD

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft

Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die Wirtschaft Baden-Württembergs

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. in welchem finanziellen Umfang in Baden-Württemberg Güter aus und nach Russland importiert und exportiert werden;
2. wie hoch die Abhängigkeit baden-württembergischer Unternehmen nach ihrer Kenntnis von russischen Importgütern, wie etwa Gas und Öl, ist;
3. inwiefern ihr bekannt ist, in welchem Maße Unternehmen im Land Nachteile durch die Wirtschaftssanktionen der Bundesregierung und der Europäischen Union (EU) sowie deren Konsequenzen erwachsen sind (u. a. Ausfuhrverbote, fallender Rubelkurs);
4. ob in diesem Zusammenhang bereits Anträge auf Ausfallbürgschaften gestellt wurden;
5. in welchem Maße sie Einbußen durch das Fernbleiben russischer Touristen für den baden-württembergischen Tourismus erwartet;
6. wie sie Unternehmerinnen und Unternehmer unterstützen kann, die wirtschaftliche Verluste durch Sanktionen hinnehmen müssen;
7. wie sie die Auswirkungen der Ukraine-Krise für die baden-württembergische Wirtschaft insgesamt bewertet;

8. ob sie in Erwägung zieht, Projekte mit und in der Russischen Föderation zu überdenken (u. a. German Center in Moskau, Russlanddeutscher Kulturpreis, Firmeninformationsreisen).

22. 04. 2014

Storz, Dr. Fulst-Blei, Haller, Hofelich, Maier, Stober SPD

Begründung

Die russische Annexion der Halbinsel Krim hat zu einer Spirale von Sanktionen und Gegensanktionen seitens des Westens und Russlands geführt. Dieser Zustand hat Konsequenzen für baden-württembergische Unternehmen, die in Russland tätig sind. Ziel des Antrags ist es zu erfahren, welche wirtschaftlichen Auswirkungen die Ukraine-Krise auf die Wirtschaft in Baden-Württemberg hat und welche Konsequenzen die Landesregierung im Hinblick darauf aus den Ereignissen auf der Krim und der Ostukraine zieht.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 15. Mai 2014 Nr. 8-4252.3-UKR/178 nimmt das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft in Abstimmung mit dem Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz und dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

*1. in welchem finanziellen Umfang in Baden-Württemberg Güter aus und nach
Russland importiert und exportiert werden;*

Zu 1.:

Nach den Angaben der Außenhandelsstatistik, die vom Statistischen Bundesamt durchgeführt wird, exportierte Baden-Württemberg im Jahr 2013 Waren in Höhe von 4,9 Milliarden Euro nach Russland, dies entsprach einem Rückgang um 8,0 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Zum Vergleich: Die Exporte nach China und Indien verringerten sich um 6 bzw. 10 Prozent.

Mit einem Anteil von 2,8 Prozent am Gesamtexport ist Russland das zehntwichtigste Exportland für Baden-Württemberg. Die wichtigsten Exportgüter sind Maschinen (1,6 Mrd. Euro) sowie Kraftwagen und Kraftwagenteile (1,1 Mrd. Euro), die zusammen einen Warenanteil von 57 Prozent haben. Nach Angaben des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) ist Russland der viertgrößte Exportmarkt für deutsche Maschinenbauer nach China, USA und Frankreich.

Wichtige Exportgüter aus BW nach Russland 2013		in Mio. €
1	Maschinen	1.631
2	Kraftwagen und Kraftwagenteile	1.149
3	Elektrische Ausrüstungen	375
4	Datenverarbeitungsgeräte, elektr. u. opt. Erzeugnisse	337
5	Chemische Erzeugnisse	270

Quelle: Statistisches Bundesamt

Der Wert der aus Russland importierten Waren belief sich 2013 auf 1,2 Milliarden Euro. Gegenüber dem Vorjahr gingen die Importe um 8,9 Prozent zurück. Russland hat Rang 23 auf der Importländerliste Baden-Württembergs.

Wichtige Importgüter nach BW aus Russland 2013		in Mio. €
1	Erdöl und Erdgas	480
2	Kokereierzeugnisse und Mineralölerzeugnisse	283
3	Metalle	155
4	Kohle	131
5	Sonstige Waren	27

Quelle: Statistisches Bundesamt

Baden-württembergische Direktinvestitionen (unmittelbar und mittelbar) in Russland beliefen sich im Jahr 2011 nach den neuesten verfügbaren Daten der Deutschen Bundesbank auf etwa 2,3 Mrd. Euro. Zum Vergleich: in China betragen diese im gleichen Zeitraum 8,9 Mrd. Euro und in Indien 2,5 Mrd. Euro.

2. wie hoch die Abhängigkeit baden-württembergischer Unternehmen nach ihrer Kenntnis von russischen Importgütern, wie etwa Gas und Öl, ist;

Zu 2.:

Der Gasbedarf in Deutschland wurde im Jahr 2012 durch Eigenproduktion in Höhe von 12 % sowie durch Importe per Pipelines gedeckt. Wichtigste Importländer waren Russland (38,2 %), Norwegen (34,8 %) und die Niederlande (22,4 %). Nach Angaben des Statistischen Bundesamts lag der Anteil des Sektors Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe am Erdgasverbrauch aller Endverbraucher in Baden-Württemberg im Jahr 2012 bei ca. 33 % (67.800 Terajoule; vorläufige Werte).

Der größte Teil der in Deutschland benötigten Mineralölprodukte wird in inländischen Raffinerien hergestellt. Das hierfür benötigte Rohöl stammt zu rd. 35 Prozent aus Russland. Unmittelbar von russischen Ölimporten im Land betroffen ist die Mineralölraffinerie MIRO in Karlsruhe, die über die Transalpine Ölleitung (TAL) aus Triest mit Rohöl versorgt wird. Allerdings ist der Anteil von russischem Rohöl an der bei der MIRO verarbeiteten Rohölmenge eher gering.

Der Anteil russischen Erdgases bzw. Rohöls an den in Baden-Württemberg verbrauchten Mengen ist nicht exakt zu ermitteln. In der Importstatistik muss in der Regel berücksichtigt werden, dass das Bundesland, für welches die Waren letztlich bestimmt sind, nicht bekannt ist, sondern nur das erste bekannte Zielland. Dies trifft insbesondere bei Energieimporten zu. So gelangt z. B. Erdgas aus Russland über die Nord-Stream-Pipeline zur Übernahmestation Lubmin (Mecklenburg-Vorpommern) und Erdöl über die Pipeline Druschka in die Raffinerien im brandenburgischen Schwedt und in Leuna in Sachsen-Anhalt. Die dort ankommenden Mengen werden in weitere Pipelines eingespeist. Somit kann kaum nachgewiesen werden, welche Energiemengen ein Bundesland aus einem bestimmten Land bezieht.

Die Importstatistik weist aus, dass fast drei Viertel aller baden-württembergischen Importgüter aus Russland Erdöl und Erdgas (0,5 Mrd. Euro) sowie Kokerei- und Mineralölerzeugnisse (0,3 Mrd. Euro) sind. Somit würde Baden-Württemberg nach der Statistik 2013 nur 4,2 Prozent seiner gesamten Erdgas- und Erdöllieferungen aus Russland importieren. Wesentlich größere Lieferanten Baden-Württembergs sind nach der Statistik das Vereinigte Königreich (29,8 %), Libyen (14,7 %), Saudi-Arabien (8,3 %), Aserbaidshan (7,6 %), Nigeria (7,1 %), Kasachstan (6,4 %) sowie Frankreich (4,7 %). Allerdings sind bei diesen statistischen Zahlen die oben genannten Einschränkungen zu berücksichtigen. Dagegen bezieht der Bund aus Russland 31,3 Prozent seiner Erdöl- und Erdgaslieferungen. Damit ist Russland für Deutschland mit Abstand größter Gas- und Öl-Exporteur vor Norwegen (19,6 %), den Niederlanden (14,7 %) und dem Vereinigten Königreich (8,1 %).

Sollte es beim Export von russischem Rohöl oder Erdgas zu deutlichen Beeinträchtigungen kommen, hätte dies durch den zu erwartenden Anstieg der Rohöl- und Gaspreise insbesondere allgemeine Auswirkungen auf die Wirtschaft des Landes und könnte auch die Versorgungssituation beeinträchtigen.

3. inwiefern ihr bekannt ist, in welchem Maße Unternehmen im Land Nachteile durch die Wirtschaftssanktionen der Bundesregierung und der Europäischen Union (EU) sowie deren Konsequenzen erwachsen sind (u. a. Ausfuhrverbote, fallender Rubelkurs);

Zu 3.:

Die durch die EU verhängten Sanktionen in Form von Einreiseverboten und Kontensperrungen richteten sich bisher gegen politische bzw. Privatpersonen. Deshalb blieb eine unmittelbare Auswirkung dieser Sanktionen auf die Wirtschaft in Baden-Württemberg weitgehend aus.

Im Bereich Exportkontrolle für Lieferungen von Waren der Ausfuhrliste Teil I Abschnitt A (Waffen, Munition, Rüstung) nach Russland werden vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) keine Genehmigungen mehr erteilt bzw. erteilte Genehmigungen widerrufen. Anträge für Dual-Use-Waren werden sehr genau geprüft, ob sie im Zusammenhang mit dem Ukraine Konflikt stehen könnten. Für 70 Anträge deutscher Unternehmen im einstelligen Millionenbereich wurde von der BAFA keine Ausfuhrgenehmigung erteilt.

Die Finanzsanktionen betreffen das Handelsgeschäft der baden-württembergischen Unternehmen bislang wenig. Der Landesregierung liegen keine Informationen über Kontensperrungen in Baden-Württemberg vor. Dies kann sich aber bei einer Verschärfung der Sanktionen ändern.

Sollten die EU-Sanktionen auf Wirtschaftssubjekte Russlands oder auf unmittelbar in der Wirtschaft tätige Personen ausgeweitet werden, wird dies deutlich schwerwiegendere Folgen haben. Übernahme die EU die nun von den USA beschlossenen Sanktionen, wären erstmals Bezieher von Maschinen und Hochtechnologie betroffen. Dies sind zwei bedeutsame Felder baden-württembergischer Lieferungen nach Russland.

Baden-württembergische Unternehmen liefern nach Russland vorrangig Investitionsgüter (z. B. Maschinen und Anlagen). Investitionsentscheidungen werden in Krisenzeiten wegen mangelnder Planungssicherheit erfahrungsgemäß verschoben oder zeitlich erheblich verzögert. Dies erleben baden-württembergische Lieferanten aktuell in ihrem Russland-Geschäft. Die Situation wird zusätzlich verschärft durch abnehmende Finanzierungsmöglichkeiten bei Russland-Projekten als Folge der Abstufung Russlands in Länderratings führender Agenturen.

Seit Januar wertete der Rubel vorrangig wegen der Ukraine-Krise um ca. 10 Prozent ab. Dies führt zu einer Verteuerung deutscher Produkte auf dem russischen Markt. Russlands Gesamtimporte gingen in dieser Zeit laut der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer um etwa 8 Prozent zurück. Aktuelle Handelszahlen betreffend die baden-württembergische Wirtschaft liegen der Landesregierung nicht vor.

4. ob in diesem Zusammenhang bereits Anträge auf Ausfallbürgschaften gestellt wurden;

Zu 4.:

Nach bisherigen Erkenntnissen der Landesregierung sind derzeit im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise keine Anträge auf Übernahme von Ausfallbürgschaften bei den Förderinstituten des Landes gestellt worden.

Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft hatte in einem Einzelfall Kontakt mit einem Unternehmen, das seiner Sorge Ausdruck verliehen hat, dass Einschränkungen im Handel mit Russland das Unternehmen hart treffen würden. Ein weiterer

Kontakt ergab sich wegen der Insolvenz eines deutschen Exporteurs, dessen eigene Forderungen jedoch gegen Zahlungsausfall durch die Exportkreditversicherung der Bundesrepublik Deutschland (Hermes) abgesichert waren.

5. in welchem Maße sie Einbußen durch das Fernbleiben russischer Touristen für den baden-württembergischen Tourismus erwartet;

Zu 5.:

Der Quellmarkt Russland generierte im Jahr 2013 nach der amtlichen Statistik 89.816 Ankünfte und 282.574 Übernachtungen in Baden-Württemberg. Dabei wurden überdurchschnittliche Steigerungsraten von 9 Prozent bei den Ankünften und 10,5 Prozent bei den Übernachtungen erzielt. Russland liegt damit nach den Ankünften an 11. Stelle und nach den Übernachtungen an 9. Stelle der wichtigsten Auslands-Quellmärkte für Baden-Württemberg und vereint einen Anteil der Ausländerübernachtungen von 2,9 Prozent bzw. 0,6 Prozent aller Übernachtungen auf sich. Auch zu Beginn dieses Jahres hat das überdurchschnittliche Wachstum des russischen Marktes angehalten; von Januar bis Februar 2014 – neuere Zahlen des Statistischen Landesamtes liegen zu diesem Zeitpunkt noch nicht vor – sind die Ankünfte und Übernachtungen aus Russland um rund 18 Prozent gewachsen.

Nach den Angaben der Tourismus Marketing GmbH Baden-Württemberg (TMBW) hat sich die Krise in der Ukraine im Tourismus des Landes noch nicht ausgewirkt. Spürbare Einbußen können insbesondere für stark von russischen Gästen frequentierte Orte bei einer weiteren Eskalation der Krise nicht ausgeschlossen werden. Dabei ist allerdings hinsichtlich des derzeitigen Niveaus der Übernachtungen russischer Gäste im Land zu beachten, dass der für Baden-Württemberg stärkste Quellmarkt Schweiz in Relation etwa sieben Mal so viele Übernachtungen generiert wie der russische Quellmarkt.

6. wie sie Unternehmerinnen und Unternehmer unterstützen kann, die wirtschaftliche Verluste durch Sanktionen hinnehmen müssen;

Zu 6.:

Die Aufrechterhaltung und Verbesserung der Kreditversorgung, besonders kleiner und mittlerer Unternehmen in Baden-Württemberg, ist für die Landesregierung ein zentrales wirtschaftspolitisches Thema. Hierfür stehen mit langfristig zinsgünstigen Krediten, weitgehender Risikoentlastung der Hausbanken und, wo die Kreditfinanzierung an ihre Grenzen kommt, individueller Einbeziehung von stillen Beteiligungen, entsprechende Angebote der L-Bank, der Bürgschaftsbank Baden-Württemberg und der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft zur Verfügung. Diese Programme können selbstverständlich auch Unternehmen zur Deckung ihres Finanzierungsbedarfs in Anspruch nehmen, wenn z. B. ausbleibende Aufträge oder Stornierungen infolge der Ukraine-Krise zu Umsatzeinbußen und Liquiditätsengpässen führen.

Vor einem möglichen Zahlungsausfall aus wirtschaftlichen und politischen Gründen bei der Lieferung in schwierige und risikoreiche Märkte schützen sich deutsche Exporteure jedoch durch eine sog. Exportkreditversicherung der Bundesrepublik Deutschland (Hermes). Die staatliche Exportkreditversicherung ist ein bedeutender Bestandteil der deutschen Außenwirtschaftsförderung.

7. wie sie die Auswirkungen der Ukraine-Krise für die baden-württembergische Wirtschaft insgesamt bewertet;

Zu 7.:

Bereits im Sommer 2013, lange vor den ausufernden Unruhen in der Ukraine, sind zunehmende rezessive Entwicklungen in der russischen Wirtschaft deutlich sichtbar. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den Handelszahlen mit Baden-Württemberg.

Im Jahr 2013 sind Baden-Württembergs Exporte nach Russland um 8 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Überdurchschnittlich starke Rückgänge fanden bei Investitionsgütern statt. So wurden nahezu 12 Prozent weniger Maschinen und 11 Prozent weniger Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugteile exportiert. Auch zu Jahresbeginn 2014 setzte sich der Abwärtstrend fort. Im Januar und Februar ging der Absatz um 19 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum zurück. Der Hauptgrund für die sinkenden Exporte dürfte die starke Abwertung des Rubels sein, der zuletzt auf ein Rekordtief gefallen ist, nachdem Anleger wegen der Krim-Krise massenhaft Geld aus Russland abzogen. Dadurch wurden Waren, die in Baden-Württemberg hergestellt werden, teurer.

Sollte die Europäische Union Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland verhängen, muss mit Gegenmaßnahmen gerechnet werden, die dann auch negative Folgen für die baden-württembergische Exportwirtschaft sowie die rund 900 baden-württembergischen Unternehmen, die in Russland aktiv sind, haben könnten. Diese könnten von Handelsbeschränkungen über Sperrungen von Unternehmenskonten bis hin zu Firmenenteignungen und Zahlungseinstellungen reichen. Ende 2011 betrug der Bestand an unmittelbaren Direktinvestitionen 2,2 Milliarden Euro.

8. ob sie in Erwägung zieht, Projekte mit und in der Russischen Föderation zu überdenken (u. a. German Centre in Moskau, Russlanddeutscher Kulturpreis, Firmeninformationsreisen).

Zu 8.:

Die Landesregierung unterstützt exportorientierte baden-württembergische Unternehmen bei ihren außenwirtschaftlichen Aktivitäten. Hierzu werden in Abstimmung mit den Wirtschaftsorganisationen Markterschließungsmaßnahmen als Jahresprogramme von Baden-Württemberg International – Gesellschaft für internationale wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit mbH – (bw-i) geplant und durchgeführt. Für Herbst 2014 ist unter Vorbehalt der politischen Entwicklung zwischen der EU und Russland eine Firmeninformationsreise nach Jekaterinburg und Moskau vorgesehen. Mit beiden Regionen unterhält das Land Baden-Württemberg seit mehreren Jahren gute partnerschaftliche Beziehungen.

Besonders während der Ukraine-Krise ist es wichtig, baden-württembergische Unternehmen umfassend über die Entwicklung in Russland und der Ukraine zu informieren und zu beraten. Hierzu haben sich die regelmäßig stattfindenden Wirtschaftstage der Industrie- und Wirtschaftskammern und der Handwerkskammern bewährt.

Das German Centre in Moskau ist eine gut nachgefragte und verlässliche Anlaufstelle für baden-württembergische Unternehmen. Der Landesregierung sind keine Überlegungen der LBBW, Trägerin des German Centre Moscow, hinsichtlich möglicher Veränderungen beim German Centre bekannt.

Beim Russlanddeutschen Kulturpreis des Landes Baden-Württemberg handelt es sich um kein „Projekt mit und in der Russischen Föderation“. Eine Aussetzung der Verleihung muss daher nicht in Betracht gezogen werden. Der Kulturpreis ist vielmehr ein landesinterner Preis auf Grundlage des § 96 des Bundesvertriebenengesetzes, der Bund und Länder verpflichtet, u. a., „das Kulturgut der Vertreibungsgebiete im Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten“.

In diesem Rahmen vergibt das Land alle zwei Jahre für hervorragende Leistungen vorwiegend in den Bereichen Literatur, Musik und bildende Kunst den „Russlanddeutschen Kulturpreis des Landes Baden-Württemberg“.

Der Preis wird in erster Linie russlanddeutschen Kulturschaffenden verliehen, deren Werk das Kulturgut der Russlanddeutschen repräsentiert. Der Preis kann auch Kulturschaffenden verliehen werden, die der russlanddeutschen Kultur verbunden sind und deren Werk entweder die kulturellen Wechselwirkungen zwischen den Russlanddeutschen und ihren Nachbarn in den östlichen Siedlungsgebieten repräsentiert oder der Verständigung zwischen Russlanddeutschen und ihren Nachbarn in den Herkunftsgebieten dient.

Der Preis ist nicht zuletzt Ausfluss der Patenschaft des Landes über die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland.

Dr. Nils Schmid

Minister für Finanzen und Wirtschaft